

Wahlprogramm

Freie Demokratische Partei Sachsen

Landtagswahl 2024

Freie
Demokraten
FDP SACHSEN

WOHLSTAND BRAUCHT EINE STARKE WIRTSCHAFT

Reaktivierung von Bahnstrecken, **Elektrifizierung von Bahnstrecken** (Dresden – Görlitz und Cottbus – Görlitz) und **sechsspüriger Ausbau der A4** bis nach Görlitz **zur besseren Anbindung der Mittelzentren an die Ballungsräume. Sicherung der Kraftwerksstandorte** in Sachsen und kosteneffizienter Umbau für klimafreundliche Energieproduktion. Förderung von dezentralen Energieversorgungs- und Energiespeicherstrukturen und Vorantreiben der Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft und -infrastruktur. Sachsen soll zur Pilotregion für die Erforschung und produktive Nutzung innovativer und langfristig nachhaltiger Kerntechnik werden. Einführung einer Abweichungskompetenz der Länder bezüglich der Gesetzgebung zur Kernenergie wird gefordert. Kohärente Förderpolitik, die unnötige bürokratische Hürden durch eine Vielzahl neuer Förderprogramme vermeidet, soll etabliert werden. **Entschlackung der Verwaltungsprozesse** innerhalb der Sächsischen Aufbaubank (SAB), die Zuständigkeiten für die Förderpolitik auf Landesebene zwischen den Ministerien, der SAB und anderen relevanten Akteuren sollen vereinfacht und Mittel zugunsten der Kommunen umgeschichtet werden. Damit sollen den Kommunen **mehr Freiräume für die Gestaltung eigener Förderprogramme** ermöglicht werden.

DIE KOMMUNEN STÄRKEN

Die kommunale Selbstverwaltung soll gestärkt werden, indem Fördermittelprogramme reduziert und eine **zweckungebundene Investitionszulage für Kommunen** eingeführt wird. Kommunen sollen dann im Stadt- oder Gemeinderat frei entscheiden können, welches Projekt sie damit finanzieren wollen. Zudem sollen auch Gelder über mehrere Jahre angespart werden können, um größere Bauprojekte zu finanzieren. Freistaat soll sich stärker an den Kosten des ÖPNV beteiligen, mindestens in Höhe der jeweiligen Erhöhung der Bundesmittel. So bleiben die Kommunen nicht weiter auf den steigenden Betriebs- und Personalkosten sitzen. Auch Einführungs- und Nebenkosten von Bundes- und Landesinitiativen müssen ausfinanziert werden.

VERWALTUNG NEU DENKEN

Genehmigungsverfahren in allen Bereichen der staatlichen Verwaltung sollen weiter reduziert werden. Das obligatorische Widerspruchsverfahren soll auf ein erforderliches Mindestmaß reduziert werden. Förderprogramme sollen in den Finanzausgleich integriert werden. Das **Baurecht, insbesondere die Sächsische Bauordnung und das Sächsische Denkmalschutzgesetz**, sollen **überprüft und flexibler gestaltet** werden, um Bauvorschriften zu lockern und den Bauprozess zu vereinfachen. Hemmende Standards sollen in allen Bereichen so weit wie möglich auf ein verhältnismäßiges sicherheitsrelevantes Maß abgesenkt werden. Antragsteller sollen für ihre Vorhaben nur noch eine Behörde als Ansprechpartner haben. Die Bauaufsichtsbehörde soll zukünftig die Zuständigkeit anderer Behörden abschließend prüfen und die aus ihrer Sicht notwendigen Entscheidungen eigenständig einholen. Stichtagsregelungen mit einer Genehmigungsfiktion sind auszuweiten.

FÜR EINE AKTIVIERENDE GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Erleichterung der **Schaffung barrierefreien Wohnraums** und die **Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern** und **Überprüfung der dazu bestehenden Baustandards bezüglich ihrer Zweckmäßigkeit**. Um ein längeres **Verbleiben in der Wohnung** zu ermöglichen, sollen technische Unterstützungssysteme von Vermietern, Versicherungsträgern und Kommunen begünstigt zur Verfügung gestellt werden können. Arztpraxen, die keinen Nachfolger finden, sollen vermehrt in Medizinische Versorgungszentren (MVZ) umgewandelt und mit angestellten Ärzten am selben Ort weiter betrieben werden. Gemeinsam mit den Gesundheitsanbietern möchten wir Modellprojekte entwickeln, die Ärzte und das medizinische Personal entlasten und die Patienten vor allem im häuslichen Wohnumfeld optimal zu versorgen helfen, z. B. durch innovative Versorgungsmodelle oder die Etablierung eines Telemedizin/E-Health-Clusters. Zudem wollen wir die **Chancen des Innovationsfonds des Bundes für Sachsen verstärkt nutzen**. Nichtärztliche, ärztliche und pharmazeutische Betreuung soll digitalisiert werden und damit eine bestmögliche Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Bereich sichergestellt werden. Sachsen soll in den nächsten zehn Jahren das am besten digitalisierte Gesundheitswesen Deutschlands besitzen.

EIN FREISTAAT, DER RECHNEN KANN

Die **Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau** sollen verbessert werden. Mehr und preiswerteres Bauen sind die richtigen Antworten auf die gestiegenen Miet- und Häuserpreise. **Grundsteuer** nach dem Vorbild von Niedersachsen oder Hessen wird als erstrebenswert gesehen. Die dortige Erhebung ist durch eine einfache Erklärung bürgerfreundlich und wird in einem transparenteren unkomplizierten Modell berechnet. **Abschaffung der Grunderwerbsteuer**, entweder durch das Ermöglichen der Absenkung der Grunderwerbsteuer auf null Prozent auf Landesebene durch Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes oder durch Gutschriften des Freistaates in Höhe der Steuerschuld. Eine dafür notwendige Änderung der Bundesgesetzgebung soll unterstützt werden. **Abbau der in den Förderprogrammen unnötigen bürokratischen Vorgaben** und **Reduzierung der Prüfpflichten**. Klein- und Kleinstförderungen sollen begrenzt werden. Modellprojekte sollen in einem klar abgesteckten Rahmen erfolgen, welcher den Mitteleinsatz begrenzt und auf das Förderziel fokussiert. Erhöhung der Qualität der Förderkonzepte durch einheitliche Standards. Förderung nur mit einem tragfähigen Förderkonzept. Konkurrierende oder sich ergänzende Förderprogramme machen die Beantragung schwer und kompliziert. Förderprogramme sollen konzentriert und thematisch konsolidiert werden. **Reduzierung der Förderrichtlinien** wird angestrebt. Über 300 Förderprogramme werden als zu viel angesehen. Grundlage für die Reduzierung soll eine **gemeinsame, ressortübergreifende Förderstrategie Sachsen** sein.

ENERGIE IN SACHSEN – SICHER, SAUBER UND BEZAHLBAR

Kommunen sollen bei der **kommunalen Wärmeplanung** und den daraus resultierenden Maßnahmen stärker unterstützt werden. Einsatz für realistische Verfahrenswege, die finanziell und technisch durch die Kommunen machbar sind. Die Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien muss technisch machbar, wirtschaftlich darstellbar und dauerhaft sozialverträglich sein. Forderung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, die kommunale Wärmeplanung zu einer Pflichtaufgabe zu machen, wird unterstützt. Erst durch die Aufgabenübertragung wird den Kommunen die Mehrbelastung finanziell erstattet. Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten soll dafür gesorgt werden, dass sich technologieoffen die besten und effizientesten Lösungen zur CO₂-Reduktion durchsetzen. Dafür wird ein **sektorübergreifender CO₂-Zertifikatehandel** zur Bepreisung nach dem Verursacherprinzip unterstützt. Zur Vermeidung sozialer Härten wird eine **dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau** und die **Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von sieben Prozent auf Energieträger** angestrebt.

FAZIT

Die FDP setzt auf einen schlanken Staat und eine Entschlackung sowie Digitalisierung. Dies betrifft nicht nur die Verwaltung, sondern u. a. auch Fördermittelangebote oder das Grundsteuersystem; die Grunderwerbsteuer soll vollständig abgeschafft werden. Im Bereich der Energiepolitik soll durch einen sektorübergreifenden CO₂-Handel die Klimaziele effizient erreicht werden.